

Grüne Verrücktheit auch in GB: Stromrechnungen der Verbraucher werden steigen, um Kohle- und Gaskraftwerke zu subventionieren

geschrieben von Emily Gosden | 2. Juli 2014

Bild rechts: © GWPF

Energierrechnungen der Verbraucher werden steigen, um Vorschüsse zu zahlen an Dutzende Kraftwerke, um zu garantieren, dass sie zur Verfügung stehen, um die Lichter nicht ausgehen zu lassen. Das haben Minister verkündet.

Mit einem so genannten „Kapazitäts-Markt“ planen Minister, Kraftwerke mit insgesamt über 53 GW zu rekrutieren – genug, um 80% der Spitzen-Nachfrage in UK zu decken – um sicherzustellen, dass sie hochgefahren werden können, wenn man sie braucht.

Jeder Haushalt wird im Mittel 134 Pfund pro Jahr an die Kraftwerke zahlen, um zu garantieren, dass sie dem System ab 2018/19 zur Verfügung stehen.

Zuvor hat die Regierung das System beschrieben. Zahlungen werden in Form von Abgaben auf Haushalte erhoben als „Versicherungsbeitrag gegen das Risiko von Blackouts“. Sie hofft, auf diese Weise Gas- und Kohlekraftwerke am Leben zu halten, anstatt sie einzumotten. Außerdem will man zum Bau Dutzender neuer Gaskraftwerke ermutigen, indem man ihnen Profitabilität garantiert.

Der Bau neuer Gaskraftwerke ist anderenfalls unattraktiv, weil in UK immer mehr Windparks errichtet werden. Gaskraftwerke können nur kurzzeitig laufen, wenn der Wind nicht weht.

Energieminister Ed Davey sagte, dass diese Politik die Rechnungen der Verbraucher um 2 Pfund zusätzlich steigen lassen wird.

Der Analyst Peter Artherton bei Liberum Capital sagte, dass die Gesamtzahlungen an Energieunternehmen unter diesem Schema im Bereich von 1,6 Milliarden Pfund liegen würden, was pro Haushalt mindestens 20 Pfund pro Jahr zusätzlich ausmacht.

Full story

Link:

<http://www.thegwgf.org/green-madness-energy-bills-to-rise-to-subsidise-coal-and-gas-plants/>

Das gleiche Thema beleuchtet auch eine andere britische Zeitung (siehe unten). Offenbar darf man in UK immer klarer Wahrheiten aussprechen, für die man hier in Deutschland noch übelst diffamiert und verunglimpft wird. Allerdings fällt auf, dass zwar auch in diesem zweiten Artikel die hohen Kosten benannt werden, man aber anders als in der Überschrift um den heißen (Energie-)Brei herumredet.

Die jeweils vollständigen Artikel unterliegen einem Copyright, weshalb hier beides nur in der bei der GWPF angebotenen Kurzform übersetzt wird.

Anm. d. Übers.

Verbrauchern droht eine Rechnung über 250 Milliarden Pfund für grüne Energie- und Klimapolitik

Jill Sherman

Es wird erwartet, dass die britischen Verbraucher mindestens 250 Milliarden Pfund der Kosten zur Modernisierung der Infrastruktur in UK berappen müssen. Das haben Parlamentsabgeordnete heute verlauten lassen. Das Public Accounts Committee (PAC) fordert die Regierung auf abzuschätzen, ob sich die Haushalte Jahre höherer Rechnungen für Energie, Wasser und Transporte leisten können, um für den Ersatz der alternden Infrastruktur in UK zu zahlen.

Die Abgeordneten warnen vor allem davor, dass die durch einige politische Maßnahmen der Regierung entstandene Unsicherheit die Energierechnungen noch stärker steigen lassen könnten, da Investitionen in neue Kraftwerke verzögert werden und dem Ersatz von Kohlekraftwerken nur geringe Dringlichkeit eingeräumt wird.

Die PAC-Vorsitzende Margaret Hodge sagte, dass eine „atemberaubende“ Investition in Höhe von 375 Milliarden Pfund in der Pipeline sei für Infrastruktur-Projekte während der nächsten 15 Jahre. Auch sollen damit Ziele bzgl. Klimaänderung und demographischem Wachstum verfolgt werden.

„Es ist der Verbraucher, von dem erwartet wird, dass er durch seine verschiedenen Rechnungen mindestens zwei Drittel dieser Investitionen aufbringen wird, mit denen die Infrastruktur finanziert, gebaut und durch private Unternehmen betrieben werden kann“, sagte Mrs. Hodge.

„Niemand in der Regierung übernimmt die Verantwortung für die Abschätzung der Auswirkungen dieser Investitionen auf die Rechnungen der Verbraucher insgesamt und ob die Verbraucher überhaupt in der Lage sind, diese Zahlungen leisten zu können“.

Link:

<http://www.thegwpf.org/consumers-face-250-billion-bill-for-green-energy-climate-policies/>

Beide Artikel übersetzt von Chris Frey EIKE